

Stadt Werneuchen

Ausschuss für Wirtschaft und Soziales der Stadt Werneuchen

Niederschrift zur 30. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Soziales der Stadt Werneuchen

Werneuchen, 01.02.2024

Ort: Multifunktionsgebäude am Sportplatz Wegendorfer Straße, 16356 Werneuchen

Tag: 15.01.2024

Beginn: 19:00 Uhr

Das Gremium umfasst 5 Mitglieder.

Anwesend sind:

Frau Elfi Gille
Herr Oliver Asmus
Herr Thomas Gill
Herr Alexander Horn
Herr Matthias Köthe

Sachkundige Einwohner:
Herr Bernd Knape
Herr Siegfried Landesfeind
Frau Alin Pfeffer
Frau Anne-Kathrin Ringel

Gäste: Bürgermeister Frank Kulicke, Frau Grabsch (Amtsleiterin 2), 2 Mitarbeiter*innen der Verwaltung, ca. 10 Personen

Protokollantin: Frau Döpel

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP Betreff

Vorlagen-Nr.

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift (öffentlicher Teil) der Sitzung vom 20.11.2023
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde

Vorlagen des Bürgermeisters

- 5 Beschluss zur Aufteilung der zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel für Vereine und Senioren BM/162/2023

- 6 Beteiligung der Stadt Werneuchen an den Kosten von Angeboten für SeniorInnen und pflegende Angehörige im Lobetal-Treff BM/163/2024

- 7 Diskussion zur Anteilswichtung des Zuschlages für den Jugendetat 2024 entsprechend dem Anteil der Jugendlichen in den Ortsteilen und der Stadt Werneuchen

- 8 Konzept Stadtfest

- 9 Information zum Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes - Bau- und Vergabeprüfung Stadt Werneuchen

- 10 Stand der Bedarfsanalyse Hort

- 11 Stand der Umsetzung SPD/WiW/023/2022 - Richtlinie Vereinsförderung

- 12 Stand der Umsetzung SPD/WiW/020/2022 - Sicherung Grundwasserversorgung und Wasserhaushalt

- 13 Vorstellung Naturdorfschule Seefeld

- 14 Fragen der Ausschussmitglieder

- 15 Mitteilungen der Verwaltung

- 16 Schließung der Sitzung

Niederschrift:**Öffentlicher Teil****TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

Herr Horn eröffnet stellvertretend für die Ausschussvorsitzende, Frau Gille, die Sitzung, begrüßt die Mitglieder und Gäste und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Es sind 5 von 5 Mitgliedern anwesend, damit ist Beschlussfähigkeit gegeben.

TOP 2 Einwendungen gegen die Niederschrift (öffentlicher Teil) der Sitzung vom 20.11.2023

keine Einwendungen

TOP 3 Bestätigung der Tagesordnung

Es gibt keine Einwendungen.

Herr Gill bittet die Verwaltung darum, in der kommenden Sitzung des Ausschusses über den Stand der Umsetzung der Beschlussvorlage zum Prüfauftrag Stadtbuss (SPD/WiW/022/2022) zu informieren.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Einwohnerin 1 informiert über die mangelhafte Säuberung der Grundschule. Seit mindestens 1 Woche sei die Mensa nicht ordentlich gereinigt worden. Wann wird hier Abhilfe geschaffen? Außerdem fragt sie, wann die Verwaltung von der Preisanpassung des Caterers Sunshine erfahren habe und ob ggf. eine neue Preiskalkulation geplant werde. Die Eltern seien am 20.12.2023 informiert worden, die Erhöhung für diese aber wohl vorerst irrelevant. Einwohnerin 1 möchte weiter wissen, ob es eine Möglichkeit gebe, die Bestellung pausieren zu lassen in den Ferien, bzw. selbst zu bestellen. Zuletzt habe eine Woche lang jeden Tag das überzählige Essen entsorgt werden müssen. Wie gehe man damit um?

SG Kita, Schule, Bürgerdienste antwortet, man werde mit dem Caterer sprechen. Über die Preisanpassung sei die Verwaltung informiert worden, bei der Ausschreibung waren die neuen Preise aber schon berücksichtigt, somit kommt es zu keiner Erhöhung.

Herr Horn ergänzt, dass eine aktive Bestellung möglich sein müsse, man dürfe das dann nur nicht vergessen. Der Caterer solle dazu angeschrieben werden.

Frau Ringel findet es gut, dass die Stadt den ermäßigten Preis für das Essen durch ihre Förderung ermöglicht und bedankt sich dafür.

Amtsleiterin 2 teilt mit, dass das Reinigungsdefizit in der Grundschule bekannt sei, auch die Europaschule habe dieselbe Reinigungsfirma. Aktuell wurde die Reinigung für das vergangene Wochenende (13./14.01.2024) zugesichert, sei aber offensichtlich nur ungenügend erfolgt. Für den kommenden Donnerstag (18.01.2024) sei ein Treffen der Verwaltung mit dem Objekt- und Betriebsleiter in der Schule geplant gewesen, welches auf Bitte der Schulleitung hin verschoben wurde. Im Raum stünden ggf. ein Personalwechsel und der Einsatz von Maschinen für die Reinigung. Man werde bei neuen Entwicklungen wieder informieren.

Einwohner 2 (Herr Heinze, SV Rot-Weiß Werneuchen) informiert zunächst über den Zuwachs bei den Vereinsmitgliedern in 2023 um 70 neue Mitglieder. Insgesamt habe der Verein jetzt 873 Mitglieder. Vor allem im Winter seien die Kapazitäten bei den Hallenzeiten längst ausgereizt, alle Sportvereine Werneuchens würden wachsen. Es sei mittlerweile oft nur noch möglich, die Leute unterzubringen, da es zu wenig Platz in den Räumen gebe für den eigentlichen Sport. Er begrüßt deshalb das von den Stadtverordneten beschlossene Vorhaben eines Schulstandortkonzeptes. Zum Umbau des Altbaus der Grundschule für den Hort möchte er auch im Hinblick auf ggf. früher schon mögliche Fördermittel wissen, warum jetzt erst mit der Planung begonnen werde, ein halbes Jahr vor Eröffnung des Neubaus. Herr Heinze berichtet weiter über geplante Vorhaben im Jugendtreff in Reaktion auf den letzten Bericht des Bürgermeisters dazu. Er weist daraufhin, dass im Vergleich zu den Investitionen in immenser Höhe für Bau und Ausstattung des Multifunktionshauses die Aufwendungen für die personelle Ausstattung zu gering seien. Die neu hinzugekommene Stelle sei nicht ausreichend, da die Mitarbeiterin davon 25 % der wöchentlichen Arbeitszeit für die Schule zur Verfügung stehen müsse und dann im Jugendtreff fehle. Öffnungszeiten entsprechend des Bedarfs seien so unmöglich zu gewährleisten. Vor allem Jugendliche ab 15, 16 Jahren könne man bei einer Schließzeit ab 19.00 Uhr unmöglich erreichen. Er erinnert an die stattgefundenen Bildungsforen der letzten 15 Jahre und würde sich eine Neuauflage wünschen.

19.23 Uhr – Herr Asmus verlässt die Sitzung (4/5)

Herr Gill ist verwundert, dass von der Stelle im Jugendtreff für Frau Freese ein Teil für die Schulsozialarbeit verwendet werde. Es gebe hier auf jeden Fall Gesprächsbedarf. Auch über Möglichkeiten von Honorarvereinbarungen mit weiteren Mitarbeitern wäre nachzudenken. Ein entsprechender TOP zur Beratung solle bei der nächsten Sitzung des Ausschusses auf die TO kommen.

19.26 Uhr – Herr Asmus nimmt teil (5/5)

Frau Ringel fragt, warum die von Einwohner 2 erwähnte LAG-Förderung ("Förderung aus dem Leader-Programm der EU") nicht in Anspruch genommen worden sei. Amtsleiterin 2 teilt dazu mit, dass derzeit eine Kostenerfassung erfolge. Der erste Teil dazu sei bereits vorhanden. Für alle Fördermittelanträge sei eine Kostenkalkulation Grundvoraussetzung. Bei Vorliegen aller Informationen werde man darüber berichten und die entsprechenden Anträge stellen.

Einwohner 3 (Herr Meyer, Ortsvorsteher in Seefeld) fragt, ob die schwierige Personalsituation im Jugendtreff ggf. über Ehrenamtliche aufgefangen werden könne. Hier wäre eine entsprechende Konzeption hilfreich, ggf. könne die Stadt bei der notwendigen Zertifizierung Interessierter unterstützen?

Frau Ringel wendet ein, dass das Ehrenamt sehr überstrapaziert und allein nicht ausreichend sei, um vorhandene Strukturen aufrecht zu erhalten. Bei allen Ausgaben der Stadt für andere Zwecke solle man bitte daran denken, dass gerade die Jugendarbeit sehr wichtig sei.

Der Bürgermeister (BM), Herr Kulicke, informiert darüber, dass für das 1. Quartal 2024 die Eröffnung der Ehrenamtsagentur geplant sei. Über diese könne dann ggf. eine Unterstützung des Jugendtreffs organisiert werden. Er betont, dass Personal natürlich fehle, wenn man nicht bereit ist, es entsprechend der Bedarfe einzustellen. Derzeit werde eine Bestandsaufnahme aller kommunalen Gebäude erarbeitet und es zeige sich, dass viele in desolatem Zustand sind. Oberste Priorität habe der Hort, denn wegen der Begrenzung der Doppelnutzungsmöglichkeit sei nur 2 Jahre Zeit für die notwendigen Arbeiten.

Herr Meyer fragt weiter nach der Ursache für die Beanstandungen im Prüfbericht hinsichtlich der Vergaben. Außerdem möchte er wissen, warum in Seefeld eine neue Schule geplant sei - wäre das eine Entlastung für die bestehenden Schulen? Herr Horn verweist auf die entsprechenden TOPs, die Fragen sollten dort beantwortet werden. Ggf. gebe es auch im Anschluss noch Gelegenheit, sich über das Schulprojekt mit den anwesenden Verantwortlichen auszutauschen.

TOP 5 Beschluss zur Aufteilung der zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel für Vereine und Senioren

Vorlage: BM/162/2023: Die SSV beschließt, die mit Änderungsantrag zum Haushalt 2024 zusätzlich zur Verfügung gestellten 10.000 € für Zuschüsse an Vereine und Senioren der Stadt Werneuchen und aller Ortsteile aufzuteilen:

Werneuchen-Stadt	 €
Werneuchen-Ost	 €
Willmersorf	 €
Seefeld	 €
Hirschfelde	 €
Krummensee	 €
Löhme	 €
Schönfeld	 €
Tiefensee	 €
Weesow	 €

Der BM weist auf einen Fehler im Begründungstext des Beschlussvorschlags hin. In der Spalte "Seniorenveranstaltungen" ist bei Werneuchen fälschlicherweise eine Summe von 20 Tsd. € angegeben. Hier müsste 12 Tsd. € stehen. (*redaktionelle Anmerkung: abzüglich 7.000 € für den Stadt seniorentag verleiben 5.000 €.*) Außerdem teilt er mit, dass er für heute eine Entscheidung erwartet, wie die Verteilung der zusätzlichen 10 Tsd. € erfolgen soll.

Herr Gill schlägt vor, zunächst bei den Vereinen außerordentliche Bedarfe abzufragen. Herr Knappe schließt sich dem an. Herr Asmus ebenso, er hält aber die Zeit dafür für zu kurz. Herr Gellert würde aufgrund der sehr geringen Summe für seinen Ortsteil (Weesow, 240 Einwohner) auf den Anteil verzichten.

Herr Horn erinnert daran, dass laut Richtlinie Anträge für Zuschüsse bis 31.03. des laufenden Jahres eingegangen sein müssen. Er schlägt wegen des Zeitdrucks vor, den Ortsteilen entsprechend ihrer

Einwohnerzahl für jeden Einwohner 1,- € zur Verfügung zu stellen. Diese Vorgehensweise würde etwas mehr als 9.500 € ergeben. Die übrig bleibenden Mittel sollten dann ggf. umgewidmet werden. Herr Landesfeind stimmt diesem Vorschlag zu. Die Entscheidung, für was die Mittel verwendet werden, solle in den Ortsteilen verbleiben.

Frau Ringel lehnt dieses Vorgehen als Verteilung nach dem Gieskannenprinzip ab. Der Jugendclub habe Bedarf – solle man nicht besser hier unterstützen?

Der BM bestätigt, dass der Zeitraum sehr kurz ist und die Fristen eingehalten werden müssten. Auf Nachfrage von Herrn Knappe teilt er mit, dass die ersten Anfragen von Vereinen schon eingegangen seien. Für einen Verein würden die zur Verfügung gestellten Mittel zurückgefordert, da dessen Abrechnung nicht eingegangen ist.

Herr Asmus möchte wissen, um welchen Verein es sich handle. Darüber in der Öffentlichkeit zu informieren, lehnt der BM ab. Herr Horn bittet um Mitteilung der zurückgeforderten Summe an die Ausschussmitglieder.

Es wird darüber abgestimmt, den Ortsteilen für jeden Einwohner 1,- € zur Verfügung zu stellen. Die dann ggf. übrig bleibende Summe soll ggf. den beiden Vereinen zugutekommen, die in 2024 Jubiläen feiern (Vorschlag von Herrn Horn, Fraktion DIE LINKE).

Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1

TOP 6 Beteiligung der Stadt Werneuchen an den Kosten von Angeboten für SeniorInnen und pflegende Angehörige im Lobetal-Treff

Vorlage: BM/163/2024: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, Die Stadt Werneuchen beteiligt sich mit einem Fünftel der jährlichen Gesamtkosten an den für Bürgerinnen und Bürger der Stadt Werneuchen offenen Angeboten im Lobetal-Treff. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende vertragliche Vereinbarung mit der Trägerin, dem Diakoniezentrum Werneuchen "Wohnen und Pflege gGmbH" zu schließen. Nach 12 Monaten soll die Verwaltung die entwickelten Angebote sowie die Mittelverwendung gemeinsam mit der Trägerin auswerten. Über die Ergebnisse ist die Stadtverordnetenversammlung zu informieren.

Der einreichende BM erläutert den Beschlussvorschlag. Es habe Gespräche mit der Antragstellerin gegeben. Anschließend habe diese den Antrag nochmals spezifiziert. (s. Anlage 2). Auf Nachfrage von Herrn Köthe ergänzt der BM, dass das Angebot ohne die Unterstützung der Stadt nicht umsetzbar sei.

Herr Gill schlägt die Aufnahme einer Zuwendungsaufgabe in den zu erstellenden Bewilligungsbescheid vor. Die Antragstellerin solle verpflichtet werden darüber zu informieren, wer und wie viele der Nutzer mit welchem der Angebote erreicht wurden. Man erwarte konkrete Zahlen und eine Einzelaufstellung der Angebote.

Frau Ringel möchte wissen, inwieweit es ggf. bereits vergleichbare Angebote aus dem Programm "Pflege vor Ort" gibt und wie diese erfolgen. Was ist in 2023 passiert hinsichtlich der Beantragung von Fördermitteln aus dem Programm? Welche Planung gibt es diesbezüglich für 2024? Außerdem fragt sie nach der Laufzeit des geplanten Vertrages.

20.02 Uhr – Herr Asmus verlässt die Sitzung (4/5)

Der BM teilt mit, dass es bereits Fördermittelanträge gibt, deren Umfang die hier beantragten 7.200 € jährlich bei weitem übersteige. Zur von Herrn Gill vorgeschlagenen Zuwendungsaufgabe verweist er auf die Formulierung des Beschlussantrages. Nach einem Jahr sei die Evaluierung des Angebotes vorgesehen.

20.05 Uhr – Herr Asmus nimmt teil (5/5)

Frau Gille möchte, dass das Angebot neben der Veröffentlichung im Amtsblatt als schriftliche Information an die Senioren geht.

Herr Horn ergänzt, dass der mobile Pflegestützpunkt ebenfalls Beratung anbietet. Er fragt, wie viele Menschen an dem geplanten Angebot der Antragstellerin teilnehmen können, wie viele nehmen jetzt bereits die Angebote in Anspruch? Wie wird das Angebot beworben? Wie oft kommt der mobile Pflegestützpunkt – gibt es ggf. Überschneidungen? Darf die Stadt ein privatwirtschaftliches Unternehmen überhaupt finanziell unterstützen?

Der BM weist darauf hin, dass die Antragstellerin gemeinnützig ist. Bisher gebe es kein Auswahlverfahren, das Angebot solle durch die Unterstützung der Stadt für die Allgemeinheit täglich geöffnet sein und bedarfsgerecht erweitert werden. Der mobile Pflegestützpunkt sei nur einmal monatlich in Werneuchen. Es sei nicht geplant, eine vertragliche Bindung über 12 Monate hinaus einzugehen. Wie man dann weiter verfare, solle die Evaluation ergeben. Der Bericht der Antragstellerin dazu sei für das 1. Quartal 2025 zu erwarten. Es sei auch möglich, den

195 Beschlussvorschlag um die von Herrn Gill ins Gespräch gebrachten Anmerkungen zu ergänzen bzw.
 196 die bisher allgemein gehaltene Evaluation inhaltlich zu präzisieren. Ggf. sei es auch sinnvoll,
 197 jemanden von außen mit Expertise zum Thema Seniorenarbeit einzuladen. Er nimmt alle weiteren
 198 Fragen mit.
 199 Frau Ringel schlägt vor, die Pflegekoordinatorin des Landkreises in den Ausschuss einzuladen.

200 **Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1**

201

202 **TOP 7 Diskussion zur Anteilswichtung des Zuschlages für den Jugendetat 2024**
 203 **entsprechend dem Anteil der Jugendlichen in den Ortsteilen und der Stadt**
 204 **Werneuchen**

205 Frau Gille erläutert die Beweggründe für den Diskussionsvorschlag. Sie sieht bei den jetzigen
 206 Bedingungen der Vergabe aus dem Jugendetat eine Benachteiligung der Ortsteile. Durch die
 207 Anpassung der Kriterien solle erreicht werden, dass die Stimmen der Kinder und Jugendlichen aus
 208 den Ortsteilen mehr Gewicht bekommen. Bisher sei es so, dass die Chancen im Vergleich zur Stadt
 209 Werneuchen sehr viel geringer sind, da hier mehr Teilnehmer wohnen und abstimmen.

210 Herr Gill weist darauf hin, dass dieser Antrag vor einem Jahr schon einmal diskutiert worden sei. Die
 211 damals aus dem SG Kita, Schule, Bürgerdienste vorgelegten Zahlen hätten einen anderen Eindruck
 212 ergeben. Das Beispiel Amselhain zeige außerdem, dass die Kinder und Jugendlichen in der Lage
 213 sind, auch viele Stimmen außerhalb ihres Ortsteils zu gewinnen. Er halte es eher für sinnvoll, die zur
 214 Verfügung stehenden Mittel von bisher 7.000 € jährlich aufzustocken, um ggf. mehr als ein tolles
 215 Projekt unterstützen zu können. Den Vorschlag von Herrn Meyer (Ortsvorsteher Seefeld), ggf. das
 216 Mindestalter für die Abstimmung von bisher 8 Jahren herunter zu setzen, könne man überdenken.
 217 Man habe diese Grenze gesetzt um zu gewährleisten, dass die Teilnehmenden die Lesebefähigung
 218 besitzen und damit selbst entscheiden können, welches Projekt sie wollen.

219 Der BM erinnert auch an datenschutzrechtliche Probleme bei der direkten Zuordnung der Stimmzettel
 220 zum Wohnsitz. SG Kita, Schule, Bürgerdienste ergänzt auf Nachfrage von Frau Gille, dass bisher
 221 allein die Zahl der durch Ankreuzen der entsprechenden Vorschläge abgegebenen Stimmen
 222 ausschlaggebend sei – egal, aus welchem Ortsteil die Teilnehmer kommen.

223 Auf Nachfrage verzichtet der Einreicher auf eine Abstimmung.

224

225 **TOP 8 Konzept Stadtfest**

226 Der BM informiert die Ausschusssmitglieder darüber, dass es kein Stadtfest geben werde zum 777.
 227 Jubiläum Werneuchens. Herr Gill entgegnet, dass diese Entscheidung nicht dem
 228 Hauptverwaltungsbeamten (BM) obliege. Die Stadtverordnetenversammlung (SVV) habe durch ihr
 229 positives Votum zum Haushalt über das Budget und damit über das Stattfinden entschieden. Herr
 230 Asmus bewertet die Haltung des BM als Verweigerung und bittet darum, diese zu überdenken und ein
 231 kleineres Fest mit dem vorhandenen Budget zu organisieren.

232 Der BM entgegnet, die Entscheidung zur Absage des Stadtfestes gehöre zum Geschäft der laufenden
 233 Verwaltung. Die für das Stadtfest geplanten Mittel hätten dem kalkulierten Finanzbedarf entsprochen.
 234 Er verstehe die Wünsche, aber ohne finanzielle Deckung könne er als Verantwortlicher keine Verträge
 235 unterzeichnen. Mit Sponsorengeldern könne er nicht schon vorab rechnen und Verpflichtungen
 236 eingehen, für die er als Unterzeichner dann auch hafte. Bereits langfristig erfolgte Absprachen mit
 237 beteiligten Fachfirmen und Dienstleistern könne man außerdem nicht einfach auf später verschieben,
 238 diese bräuchten Planungssicherheit. Auf Nachfrage von Herrn Asmus ergänzt der BM, dass die
 239 Verwaltung bei den Vorbereitungen der traditionellen Feierlichkeiten zum 1. Mai gern berate, aber
 240 nicht als Organisatorin auftreten werde. Die Parteien und Wählergruppen könnten sich gerne
 241 präsentieren – ohne organisatorische Beteiligung der Verwaltung.

242 Herr Gill stellt die Prüfung der Entscheidungen bei der Kommunalaufsicht in Aussicht. Der BM
 243 informiert darüber, dass diese bereits involviert sei, er ggf. den Beschluss zur Haushaltssatzung
 244 beanstanden müsse. Bezüglich der ursprünglich für das Stadtfest veranschlagten Kosten erinnert er
 245 daran, dass allein für den Neujahrsempfang jährlich 6.000 € aufgewendet wurden – für 200 Personen.
 246 Er widerspricht dem Einwurf von Herrn Köthe, die Absage sei eine Trotzreaktion. Es habe eine rein
 247 sachliche Abwägung gegeben mit dem Ergebnis, dass ein Stadtfest für alle unter den jetzt gegebenen
 248 Umständen nicht machbar ist.

249 Herr Horn möchte wissen, wie viele Personen regelmäßig an den Unternehmerstammtischen
 250 teilnehmen. Der BM antwortet, dass zu den Stammtischen alle Unternehmen eingeladen werden, die
 251 Gewerbesteuer zahlen. Teilgenommen hätten immer um die 50 Personen. Für die beiden Termine in
 252 2023 seien seiner Erinnerung nach ca. 2.000 € aufgewendet worden.

253

TOP 9 Information zum Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes - Bau- und Vergabeproofung Stadt Werneuchen

Der BM berichtet einföhrend über einen Termin beim Rechnungsprüfungsamt (RGPA) Ende 2022, bei dem erstmalig angeregt wurde, die Vergabeproofis in Werneuchen prüfen zu lassen. Diese Anregung wurde vom Nachfolger des damaligen Leiters aufgenommen. Im Ergebnis der Prüfung sei nun klar, dass der immense Umfang, laufende Änderungen und Neuregelungen der kommunalen, landes-, bundes- sowie europarechtlichen Vergabevorschriften umfassende Schulungen der mit Vergaben befassten Sachgebiete in der Verwaltung erfordern. Man arbeite daran.

Anschließend erläutert er das Vergabeverfahren selbst. Letztlich habe man sich auf die fachliche Expertise verlassen und sei deren Empfehlung gefolgt. Er könne einen morgen stattfindenden Termin nutzen, um den Leiter des RGPA sowie die Prüferin in den Ausschuss einzuladen.

Die Ausschussmitglieder debattieren zu Schäden und ggf. möglichen Ersatzansprüchen der Stadt gegenüber den mit der Durchführung der Vergabeverfahren beim Grundschulneubau und dem Mehrfunktionsgebäude beim SV RW Werneuchen beauftragten Unternehmen.

Amtsleiterin 2 stellt kurz ihr bisheriges berufliches Tätigkeitsfeld als Planerin dar. Sie sei sehr oft mit Vergabeverfahren für Kommunen befasst gewesen, kenne aber keine Kommune außer Werneuchen, in der es kein eigenes Vergabemanagement gebe. Sie bittet die Stadtverordneten, einer ggf. möglich werdenden Zusammenarbeit in Vergabeverfahren mit der Gemeinde Ahrensfelde zuzustimmen. Ohne eigene fachliche Expertise sei es unmöglich, rechtssicher zu arbeiten.

Herr Knappe äußert Unverständnis bezüglich des Umgangs der Verwaltung mit den Aussagen im Prüfbericht und weist 1. darauf hin, dass er von Anfang an für eine modulare Bauweise beim Grundschulneubau plädiert und auch einen entsprechenden Kontakt zu einer Berliner Firma hergestellt habe. 2. fragt er nach dem Zusammenhang zwischen fehlenden Gebührenkalkulationen und der jetzigen Erhöhung der Wasserpreise. 3. möchte er wissen, ob eine Erhöhung der Grundsteuer geplant sei.

Der BM antwortet zu 1., dass auch er für eine modulare Bauweise favorisiert habe. Zu 2. verweist er auf das kommunale Abgabengesetz, welches eine Kalkulation alle 2 Jahre vorschreibe – was nicht erfolgt sei. Zu 3. verweist er auf die bereits an anderer Stelle erfolgte Erläuterung der Kämmerin, Frau Fährmann, dass man Aussagen dazu entsprechend der Gesetzgebung erst im Jahr 2025 machen könne.

Herr Asmus fragt im Hinblick auf die Ergebnisse im Prüfbericht des RGPA, was jetzt besser gemacht werde. Gibt es Gespräche mit Ahrensfelde, die Zusammenarbeit in Vergabeverfahren betreffend? Ist dort bereits eine Stelle dafür vorhanden?

Der BM verweist auf die bereits seit 2 Jahren laufenden Umstrukturierungsmaßnahmen in der Stadtverwaltung, man sei allein im Hinblick auf die IT sehr viel besser aufgestellt. Viele Dinge seien in der Vergangenheit unbearbeitet geblieben, weil kein Zeitbudget dafür vorgesehen war. Jetzt sichtbar gewordene Defizite müssten abgearbeitet werden, was wiederum Zeit brauche – auch um alle Mitarbeiter mitzunehmen bei notwendigen Veränderungen. Die Umstellung in den Bereichen Beschaffung und Vergabe solle von Mitte 2024 bis Mitte 2025 erfolgen.

Es wird Rederecht für Herrn Heinze (SV RW Werneuchen) hergestellt. Herr Heinze erläutert den zeitlichen Ablauf sowie die Zuständigkeiten bei der Entwicklung des Projektes Mehrfunktionsgebäude. Die Verantwortung für Fehler bei der Ausschreibung übernehme er selbst. Er verwahre sich aber gegen die Absicht des BM, alles Negative auf seinen Amtsvorgänger Herrn B. Horn abzuwälzen. Der jetzige BM und Amtsnachfolger Frank Kulicke aber hätte selbst viele Dinge anstoßen und besser machen müssen.

Der angesprochene BM entgegnet, Herr Heinze stehe es nicht zu darüber zu urteilen, wie er die Verwaltung führe. Er erinnert außerdem daran, dass der erste Anstoß zur Offenlegung dessen, was in der Verwaltung im Argen liege, bereits von seinem Amtsvorgänger, Herrn Horn, ausging. Sein Prüfauftrag habe dies nur bestätigt. Es sei aber bis dahin nichts zur Behebung unternommen worden – was alles transparent dokumentiert sei und nachgelesen werden könne.

Herr Horn fragt bezüglich Prüfungsfeststellung Nr. 21 des Prüfberichts, warum der in Rede stehende Auftrag ohne Einbeziehung der Stadtverordneten ausgelöst worden sei.

Der BM sieht in diesem Punkt eine Fehleinschätzung der Prüferin gegeben. Bezüglich der Wertgrenzen sei in § 7 der Hauptsatzung allein von Geschäften über Vermögensgegenstände die Rede, nicht aber von Vertragsangelegenheiten wie der hier vorliegenden. Ggf. sollten die Stadtverordneten überlegen, ob sie eine klarstellende Änderung der Hauptsatzung vornehmen wollen.

TOP 10 Stand der Bedarfsanalyse Hort

Amtsleiterin 2 verliest die vorbereitete Information (s. Anlage zum TOP).

Herr Horn möchte wissen

- 314 1. wann die Kostenanalyse vorliegt,
- 315 2. wie lange die Doppelnutzung des Neubaus geplant ist,
- 316 3. wann der WAT- und der PC-Raum bestimmungsgemäß genutzt werden können

317 Amtsleiterin 2 kündigt die Kostenanalyse für Ende Januar 2024 an. Einen konkreten Zeitraum für die
 318 Doppelnutzung zu nennen sei schwierig, es gebe die Option von 1,5 Jahren, von der man vorerst
 319 ausgehe, die Arbeiten sollen aber schnellstmöglich umgesetzt werden. Der WAT-Raum könne bis
 320 April 2025 genutzt werden, entsprechend der Bedingung von Seiten der Schule – es sei denn, man
 321 werde bereits zu Beginn des neuen Schuljahres fertig. Der PC-Raum solle in den ersten 6 Wochen
 322 des neuen Schuljahres noch genutzt werden können.

323

324 **TOP 11 Stand der Umsetzung SPD/WiW/023/2022 - Richtlinie Vereinsförderung**

325 Der BM stellt klar, dass keine Richtlinie vorgelegt werde, die gegen geltendes Recht verstößt. Der von
 326 Herrn Gill eingebrachte Vorschlag war weder mit dem BGB noch mit dem Brandenburgischen
 327 Kommunalrecht vereinbar. Die Vereine seien im 4. Quartal 2022 von der Verwaltung aufgefordert
 328 worden, ihre Änderungswünsche schriftlich einzureichen. Nach Prüfung durch die Stadtverwaltung
 329 habe man den Vereinen in einer ausführlichen Präsentation zum Vereinsstammtisch am 08.02.2023
 330 die Sach- und Rechtslage erläutert. Herr Gill fragt an, ob ihm der BM diese Präsentation zukommen
 331 lassen könne. Der BM sagt das zu.

332

333 **TOP 12 Stand der Umsetzung SPD/WiW/020/2022 - Sicherung Grundwasserversorgung und** 334 **Wasserhaushalt**

335 Frau Grabsch verliest eine Information zum Stand der Umsetzung:

336 *Mit Beschluss aus dem Ortsbeirat Löhme (OBL/001/2021) : „Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zu*
 337 *Maßnahmen zum Erhalt des Löhmer Haussees“ wurde für den Antrag zur ELER Förderung*
 338 *(Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) eine erste Projektidee*
 339 *zur Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie mit ersten Bestandsaussagen, Beschreibung der*
 340 *Projekthalte, Zeitplan und Kostenschätzung mit Datum vom 13.07.2021 erarbeitet.*

341 *Diese Daten dienen als Grundlage für weitere Planungen.*

342 *Seit Januar 2023 ist Frau Hupfer bezüglich der Erstellung einer Projektskizze als Grundlage für den*
 343 *Fördermittelantrag mit der DHI Wasy GmbH im Austausch, es fanden Begehungen und*
 344 *Bestandsaufnahmen statt, die zuständige Bearbeiterin Frau Eulitz ist dabei, eine Projektskizze*
 345 *vorzubereiten, die als Grundlage eines Fördermittelantrages für eine Machbarkeitsstudie dienen kann.*
 346 *Frau Eulitz hat darüber informiert, dass eine neue Fördermittelrichtlinie in Aussicht steht, die einer*
 347 *Nachfolge der Richtlinie GewEntw/LWH (Richtlinie Gewässerentwicklung/*
 348 *Landschaftswasserhaushalt) entsprechen soll.*

349 Herr Gill mahnt eine bessere Kommunikation der Verwaltung mit den Stadtverordneten an, neue
 350 Informationen sollten regelmäßig und zeitnah übermittelt werden.

351 Der BM erwidert, dass es bereits Informationen durch die Leiterin SG Bauwesen gegeben habe, eine
 352 Flussgebietsmanagerin sei erst seit 1 Jahr in dieser Funktion zuständig.

353 Es wird angeregt, die Flussgebietsmanagerin zum Thema in den Ausschuss einzuladen.

354

355 **TOP 13 Vorstellung Naturdorfschule Seefeld**

356 Der Vertreterin für den Verein und das geplante Schulprojekt, Frau Braun, wird Rederecht erteilt.

357 Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

358 Frau Braun stellt das Projekt einer privaten Schule und den dahinter stehenden Verein mit Verweis
 359 auf die dem TOP als Anlage beigefügte Konzeption vor. Man habe bereits den erforderlichen Antrag
 360 beim MBS gestellt und plane, den rechten Flügel der alten Schule in Seefeld entsprechend
 361 umzubauen. Eine mündliche Zusicherung des Eigentümers gebe es bereits. Man sei derzeit auch
 362 dabei, Spenden zu sammeln – ein entsprechender Flyer werde verteilt und sei auch über die
 363 Internetseite des Vereins abrufbar. Sie fordert alle Interessierten auf, gerne mit ihr selbst und den
 364 Projektverantwortlichen in Kontakt zu kommen und sich ggf. auch selbst einzubringen. Am
 365 02.03.2024 finde ein Frühjahrsputz statt, zu dem man herzlich einlade.

366 Frau Ringel fragt, welche Unterschiede es zu den vorhandenen Schulen gebe. Frau Braun erläutert,
 367 dass vor allem ein anderer Betreuungsschlüssel angestrebt werde. Man gehe von 2-3 Betreuern bei
 368 24 Kindern aus. Es solle auch keinen Frontalunterricht über 45 Minuten geben, sondern freien
 369 Unterricht mit der Möglichkeit, individuell auf die einzelnen Kinder einzugehen – alles aber innerhalb
 370 der Vorgaben des Rahmenlehrplans.

371 Der BM bietet Hilfe an beim Auffinden alter Zeichnungen des Gebäudes, die bisher nicht zur
 372 Verfügung stehen. Außerdem könne man dem Verein frühere Kostenschätzungen zu erforderlichen

373 Umbauten bzw. Modernisierungen zur Verfügung stellen, die in der Verwaltung vorlägen. Nach diesen
 374 Schätzungen müsse man mit Kosten von ca. 10 Mio. € rechnen.
 375 Frau Braun geht von geringeren Kosten aus, was von einem beauftragten Bauingenieur bestätigt
 376 worden sei. Ggf. könne man schon zum Schuljahr 2024/25 starten, u.U. ein Jahr später. Flächen der
 377 WBG Werneuchen seien anmietbar, die Turnhalle ebenfalls. Wegen der Naturnähe und der guten
 378 Anbindung sei trotz des erforderlichen Schulgeldes Interesse vorhanden, auch aus Berlin.
 379 Herr Horn empfiehlt, Kontakt zum Ortsbeirat zu suchen und auch zum Landkreis im Hinblick auf den
 380 Schulbedarfsplan. Auf Nachfrage des SG Kita, Schule, Bürgerdienste zu ggf. vorgesehenen
 381 Hortbetreuungszeiten erläutert Frau Braun, dass man eine Betreuung bis 16 Uhr gewährleisten wolle.
 382 Herr Horn stellt den Antrag, die Sitzung fortzusetzen (nach 22.00 Uhr).
 383 Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 1
 384

385 **TOP 14 Fragen der Ausschussmitglieder**

386 Herr Köthe fragt unter Bezugnahme auf die letzte Stadtverordnetenversammlung nach dem Stand der
 387 Gespräche mit dem WSE (Wasserverband Strausberg-Erkner).
 388 Der BM verweist auf den am morgigen 16.01.2024 dazu stattfindenden Termin.
 389 Herr Gill teilt mit, dass er vom Geschäftsführer der Stadtwerke, Herrn Riep, per Mail über die
 390 Steigerungen bei Personalkosten informiert worden sei. Die Kosten seien um 500 Tsd. € gestiegen,
 391 was einer 1,5-fachen Erhöhung entspreche. Es stelle sich die Frage, ob das in Anbetracht der
 392 Erhöhungen bei den Wassergebühren nachvollziehbar so sein müsste. Er fragt weiter, wer hier die
 393 Entscheidungen getroffen habe.
 394 Der BM erwidert, dass das Aufgabe der Aufsichtsratsmitglieder sei, nicht der Stadtverordneten. Es
 395 gebe einen Betriebsführungsvertrag. Für die Bewältigung aller den Stadtwerken obliegenden
 396 Aufgaben aus diesem Vertrag müsse es entsprechende Fachkräfte geben. Dafür sei er als BM
 397 verantwortlich.
 398

399 **TOP 15 Mitteilungen der Verwaltung**

400 Der BM verliest Mitteilungen der Stadtwerke:

401 Ausschreibung Neubau Rechenhaus:

402 *Nach erfolgloser Ausschreibung in 4 Losen im Jahre 2022/2023, bei der für das Los „Tiefbau“ kein*
 403 *Angebot eingegangen ist, wurde im Sommer 2023 die Leistung neu als GU = Generalunternehmer –*
 404 *Ausschreibung veröffentlicht. Obwohl 20 Unternehmen die Ausschreibungs-Unterlagen abgerufen*
 405 *haben, lag bei Angebotseröffnung im Dezember 2023 nur ein wertbares Angebot vor. Das vorliegende*
 406 *Angebot übersteigt die geplanten Kosten erheblich. Hier muss das gesamte Vorgehen neu überdacht*
 407 *werden.*

408 Nachwirkungen der Kündigung des Kooperationsvertrages über die Abnahme und Reinigung von 409 Schmutzwasser aus dem Verbandgebiet des WSE auf der Kläranlage Werneuchen:

410 *Der seit dem 1. April 1998 gültige Vertrag zwischen dem Zweckverband „Wasserversorgung und*
 411 *Abwasserentsorgung Barnim / B158“ – dessen Rechtsnachfolger der jetzigen Eigenbetrieb ist – und*
 412 *dem „Wasserverband Strausberg-Erkner“ wurde im Jahre 2017 fristgerecht zum 31.03.2023*
 413 *gekündigt. Aus heutiger Sicht wurden mit Ausspruch der Kündigung eventuell mögliche*
 414 *Rückzahlungsforderungen des WSE hinsichtlich beigesteuerter Investitionszulagen und*
 415 *Fördergeldern nicht hinreichend geprüft. Möglicherweise könnten hier noch Forderungen auf den*
 416 *Eigenbetrieb zukommen. Der nächste Termin mit dem WSE ist für den 16.01.2024 geplant.*
 417

418 **TOP 16 Schließung der Sitzung**

419 **Ende:** 22:26 Uhr
 420

421

422 Datum

423

Alexander Horn

stellv. Vorsitzender des Ausschusses

424 Übersendung zur Freigabe: 02.02.2024

425 Freigabe: 05.02.2024